

V0150/23

Kriminalprävention in Planung, Bau und Betrieb von Kitas und Schulen
Antrag der ÖDP Stadtratsgruppe vom 18.03.2022 - V0255/22
(Referent: Gero Hoffmann)

Jugendhilfeausschuss vom 07.03.2023

Herr Stadtrat Over dankt den Referenten Herrn Hoffmann und Herrn Engert für ihre Unterstützung. Er erklärt, dass gemeinsam mit Herrn Hoffmann ein Treffen mit zwei Fachleuten aus dem Landeskriminalamt und auch Anwesenden der Polizei von der technischen Prävention stattgefunden habe und dass er einen sehr positiven Eindruck von diesem Gespräch habe. Für ihn sei das Schulzentrum am Dachsberg auch ein wichtiger Wegweiser für weitere Baustellen und Vorhaben. Es habe zwar einige Zeit gedauert, bis der Antrag bei der Verwaltung weiterbearbeitet wurde, er sehe aber positiv nach vorne und appelliert an Herrn Hoffmann ein Auge auf die Auflagen und Wünsche zu haben, damit man die Sicherheit der Schüler sicherstellen könne.

Herrn Stadtrat Niedermeier interessiert, ob bei der Ermittlung der beiden Preisträger am Dachsberg die Erkenntnisse der ÖDP vorher schon mit eingeflossen seien oder ob ein Nachbesserungsbedarf bestehe.

Herr Hoffmann entschuldigt sich bei Herrn Over dafür, dass es etwas länger gedauert habe. Er versichert aber, dass, nachdem der Entwurf im letzten Sommer zugeschickt wurde, weiterhin an dem Antrag gearbeitet worden sei. Aktuell sei ein Planungsteam beauftragt, anschließend werde man mit den ersten Planungsrunden starten und in diesem Zuge auch Kontakt mit der Polizei aufnehmen. Ein Nachbesserungsbedarf bezüglich der beiden Preisträger halte er nicht für nötig, da das Ergebnis seiner Ansicht nach auch unter Berücksichtigung der aktuellen Erkenntnisse nicht viel anders gewesen wäre.

Frau Deimel fragt sich, ob die Kriminalprävention auch den Aspekt einer feministischen Architektur mit abdeckt. Für sie sei es wichtig, dass die Sicherheit von Mädchen bzw. Frauen hierbei auch Beachtung finde. Sie sei überzeugt, dass man diese Themen durch die Kriminalprävention sehr gut auffangen könne.

Herr Hoffmann nimmt die Bitte von Frau Deimel auf und wird die Aspekte bei der Kriminalprävention berücksichtigen. Generell sei das Ziel, die Sicherheit von allen durch die Kriminalprävention zu gewährleisten.

Herr Stadtrat Dr. Schickel richtet seinen Dank an Herrn Over. Er sehe, wie wichtig dieses Thema in den Schulen sei. Es gäbe, gerade im Hinblick auf solche Gefahrenlagen, leider bisher kaum entsprechende Ausstattungen in den Klassenzimmern. Er halte es beispielsweise für sinnvoll in allen Klassenräumen Telefone zu installieren, die in Notsituationen eine Kontaktaufnahme zu den Hilfskräften sicherstellen sollen. Ein Handyempfang sei nicht immer überall gegeben und auch Netzzusammenbrüche könne man bei Überlastungen nicht ausschließen. Außerdem müsse man bedenken, dass die Schüler im Ernstfall eventuell stundenlang das Klassenzimmer nicht verlassen können und somit

auch ein Toilettenbesuch unmöglich sei. Hier könne man auch entsprechende Hilfsmittel im Klassenraum deponieren. Er halte es für wichtig, dies auch für künftige Schulplanungen zu berücksichtigen.

Frau Bürgermeisterin Kleine merkt an, dass das Thema Notfall- und Gefahrenreaktionssysteme vermutlich eine andere Fragestellung sei, als die Gefahrenprävention.

Herr Stadtrat Over führt hierzu aus, dass eine direkte Trennung der beiden Themen nicht möglich sei. Die Notfallmeldesysteme seien davon abhängig, wie schnell die Polizei, Feuerwehren und Rettungsdienste an den Schulen eintreffen können.

Herr Stadtrat Werner lobt Herrn Over und seine Kollegen für die sinnvolle Antragstellung.

Frau Stadträtin Segerer bemerkt, dass sie die Berücksichtigung der präventiven Maßnahmen beim Neubau von Schulen sehr gut findet. Sie fragt sich aber, wie man mit den bereits bestehenden Schulen umginge und ob man für diese Schulen bereits ein Sicherheitskonzept habe. Bestehe ein Nachbesserungsbedarf für die vorhandenen Schulen, wenn beispielsweise bauliche Aspekte nicht die Anforderungen der kriminalpräventiven Planung erfüllen.

Herr Hoffmann erklärt, dass dies ganz darauf ankäme, wie viel mit vertretbarem Aufwand geändert werden könne. Für kleinere Veränderungen sehe er hier kein Problem. Größere Umbaumaßnahmen müsse man im Einzelfall entscheiden. Sollten wichtige Aspekte auffallen, müsse mit der Schulleitung eine Lösung gefunden werden und spätestens bei der Generalsanierung könne man die Veränderungen mit einfließen lassen. Gäbe es ein hohes Gefährdungspotenzial werde man aber schnell die nötigen Maßnahmen ergreifen.

Herr Stadtrat Over bemerkt, dass die umfangreiche Verwaltungsstruktur der Schulen oftmals zu erheblichen Verzögerungen für Veränderungen führe. Er habe das Gefühl, dass eine Erreichung von Zielen vermehrt nur mit Nachdruck der Polizei beschleunigt werden könne. Ziel des Antrags sei, dass man von Beginn an präventive Maßnahmen treffe und so das Sicherheitsgefühl stärke. Außerdem könne man hiermit auch die Sachaufwandsträger unterstützen, im Rahmen der Verhältnismäßigkeit herauszufinden, was an den Schulen nachgebessert werden müsse.

Frau Stadträtin Segerer interessiert, ob für alle Schulen Sicherheitskonzepte vorlägen.

Herr Engert führt aus, dass jede staatliche Schule ein Sicherheitskonzept entwickeln und dem Kultusministerium vorlegen müsse. Diese Sicherheitskonzepte regeln, wie die Schulen im Krisenfall handeln, sagen aber nichts zur baulichen Kriminalprävention.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.